

Ströbele-Gregor¹, Marianne Braig und Ricarda Knabe immer wieder Frauen und die Geschlechterbeziehungen in den Mittelpunkt ihrer Analysen über die Gewaltproblematik gestellt. Vergleichbares dokumentieren auch die Chileninnen Kathya Araujo, Virginia Guzmán und Amalia Mauro² und trugen dabei zur Aufhebung der Trennung zwischen öffentlichem und privatem Raum in bezug auf die politische Gewaltproblematik bei.

Linda Helfrich-Bernal, Frankfurt am Main

Tukumbi Lumumba-Kasongo

The Dynamics of Economic and Political Relations Between Africa and Foreign Powers

Praeger Publishers, Westport, CT, 1999, 134 S., £ 43,95

Der Politikwissenschaftler Tukumbi Lumumba-Kasongo, der in den USA lehrt und arbeitet, widmet sich in seiner Studie fast ausschließlich den außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen der Staaten Liberia und Kongo (vormals Zaire). Der Titel des Buches ist in dieser Hinsicht etwas irreführend, da eine breitere Diskussion der Thematik, die Schlußfolgerungen auf ganz Afrika zuläßt, nicht oder allenfalls am Rande stattfindet.

In seinem Einleitungskapitel stellt der Autor die Problematik der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Afrikas zu anderen Staaten (vor allem zu den USA und den ehemaligen Kolonialmächten) dar, wobei er Afrika als politischen und wirtschaftlichen Block ansieht (S. 3). Er analysiert diese Beziehungen in Hinsicht auf den Kalten Krieg zwischen den USA und ihren Verbündeten und der Sowjetunion. Dabei verdeutlicht Lumumba-Kasongo die Interessen der ehemaligen Kolonialmächte und der USA in Afrika. Während dieser Zeit sei der Kontinent kaum mehr als ein Spielball der westlichen Industriestaaten gewesen; in den internationalen Beziehungen waren die afrikanischen und die Industriestaaten nicht gleichberechtigt. Aus geostrategischen und kommerziellen Gründen seien autoritäre Regimes mit westlicher Entwicklungshilfe unterstützt worden.

Nach Beendigung des Ost-West-Konflikts sei Afrika mit Ausnahme von Ägypten und Südafrika sowohl wirtschaftlich als auch politisch marginalisiert worden. Die jetzigen Beziehungen der afrikanischen Staaten zu den Industrieländern hält der Autor für "... at

¹ Vgl. dazu "Gewalt gegen Frauen – ein beunruhigendes Thema im Demokratisierungsprozeß", in: *Ahrens, Helen / Nolte, Detlef* (Hrsg.): *Rechtsreform und Demokratieentwicklung in Lateinamerika*, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde / Frankfurt: Vervuert, 1999, 53-77.

² "Wie häusliche Gewalt zum öffentlichen Problem und zum Gegenstand der Politik wird. Eine chilenische Erfahrung", in: *Lateinamerika Jahrbuch Nr. 24*, Münster, Westfälisches Dampfboot, 2000, 66-81.

best slippery, fragile, and unpredictable ..." (S. 29), da einerseits von den Geberstaaten geförderte demokratische Systeme nicht ohne eine Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage überlebensfähig seien und andererseits der Kontinent aus der Weltwirtschaft verdrängt würde. Der Lösungsvorschlag des Autors, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, indem Afrika sich zukünftig auf die Herstellung von Mikrochips und Computern spezialisiert (S. 30), scheint nicht nur in Anbetracht der infrastrukturellen Gegebenheiten mehr einem visionären Wunschdenken zu entstammen als realistisch zu sein.

Der Autor versucht, seine Thesen an zwei Länderfallbeispielen, die jeweils ein Kapitel und damit über 60% des Buches ausmachen, zu verifizieren. Die Auswahl der Länder Liberia und Kongo-Zaire scheint indes willkürlich, da die Geschichte der internationalen Beziehungen dort nicht auf andere afrikanische Staaten übertragbar ist. Statt dessen quält uns Lumumba-Kasongo mit einer umfangreichen historischen Abhandlung der Beziehungen Liberias zu den USA seit 1847 und vertieft seit 1944. Im Fall Kongo reicht die Darstellung "nur" bis zur Berliner Konferenz von 1884/85 zurück. Der Autor hat in seinen Länderfallstudien damit im wesentlichen nichts Neues oder gar Überraschendes zum bisherigen Forschungsstand beigetragen, was vielleicht auch nicht seine Absicht war.

Da Lumumba-Kasongo den Anspruch erhebt, die Chancen für neuartige ökonomische und politische Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges eruieren zu wollen, ist die historische Schwerpunktsetzung kaum nachvollziehbar. Gerade Politikwissenschaftler sollten sich nicht zu sehr in umfangreiche geschichtliche Aufarbeitungen verstricken, da die Historie – auch wenn immer wieder Gegenteiliges behauptet wird – für die Beleuchtung und Lösung von Gegenwarts- und Zukunftsproblemen in den meisten Fällen nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Das Schlußkapitel, in welchem der Autor die Perspektiven für die Beziehungen zwischen Afrika und den Industriestaaten nach dem Ende des Kalten Krieges diskutiert, ist mit nur neun Seiten viel zu knapp ausgefallen. Er beschränkt sich dabei im wesentlichen auf die Perspektiven für Liberia und Kongo und vermeidet eine mögliche Verallgemeinerung seiner Schlußfolgerungen. Während einige Thesen, z.B. wonach Belgien den Lebensstandard seiner Bürger und seine ökonomische Wettbewerbsfähigkeit ohne die Demokratische Republik Kongo nicht aufrechterhalten könne (S. 118), sehr gewagt und irrig erscheinen, ist das Resümee des Autors so wünschenswert wie unrealistisch: "Their economic and political relations and foreign relations at large with the countries in the North must be re-invented on the principles of mutuality and reciprocity" (S. 120).

Eine breitere und weniger historische Analyse der externen Interessen in Afrika anhand von vielen Fallbeispielen wäre der Thematik wohl eher gerecht geworden. Gerade die USA und Frankreich ringen seit dem Ende des Ost-West-Konflikts um den Ausbau ihrer wirtschaftlichen Interessen in einigen ausgesuchten Staaten Afrikas (eine Verallgemeinerung auf den ganzen Kontinent ist ohnehin nicht machbar), in denen es interessante Bodenschätze gibt. Liberia gehört – wie der Autor selbst einräumt – nicht in diese Kategorie. Es ist bedauerlicherweise kaum anzunehmen, daß Afrika (von einigen wenigen Staaten abgesehen) seine

weltwirtschaftliche und geopolitische Marginalisierung mittelfristig wird überwinden können.

Heiko Meinhardt, Hamburg

Andrew Reynolds

Electoral Systems and Democratization in Southern Africa

Oxford University Press, Oxford, 1999, 341 S., £ 48,00

Mit dem Sturz der autoritären Regime seit Anfang der 1990er Jahre wurden in vielen afrikanischen Staaten demokratische Verfassungen in Kraft gesetzt oder schon vorhandene Verfassungen demokratisiert. Von essentieller Bedeutung für die politische Stabilität in den häufig ethnisch fragmentierten Gesellschaften ist das Wahlsystem, nach dem die Parlamente und Staatschefs gewählt werden. Im Gegensatz zu Osteuropa spielte die Frage des Wahlsystems in den meisten Staaten Afrikas in der öffentlichen und politischen Diskussion keine Rolle. Häufig wurde das System der ehemaligen Kolonialmacht übernommen, woraus zu erklären ist, daß in den meisten afrikanischen Staaten bei den Wahlen der Parlamente das Mehrheitswahlrecht nach britischem ("relatives Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen") oder französischem Muster (absolutes Mehrheitswahlrecht in Einer- oder Mehrpersonenwahlkreisen) Anwendung findet, wobei diese Systeme in zahlreichen Varianten bestehen. Insgesamt wird in 25 Staaten Afrikas nach dem Mehrheitswahlrecht und in 17 Staaten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. In den 37 afrikanischen Staaten, in denen direkte Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden, wird das Staatsoberhaupt in 30 Fällen mit absoluter und in acht Ländern mit relativer Mehrheit gewählt. In Südafrika, Botswana und Eritrea wird der Staatspräsident, der exekutive Vollmachten besitzt, indirekt von den jeweiligen Parlamenten gewählt. Parlamentarische Regierungssysteme finden sich nur in Äthiopien, Lesotho, Mauritius und Marokko.

Andrew Reynolds untersucht in seiner Studie anhand der Staaten Malawi, Zambia, Zimbabwe, Namibia und Südafrika, welche Auswirkungen die Entscheidung für ein bestimmtes Wahlsystem auf die Zusammensetzung der Parlamente hat. Dabei geht es ihm um die Zusammenhänge von Wahl- und Parteiensystem, um die Einbeziehung von Mehrheits- und Minderheitsinteressen in den politischen Entscheidungsprozeß und um die Beziehungen zwischen der Exekutive und Legislative. Darüber hinaus diskutiert er die Frage, ob ein Präsidial- oder ein parlamentarisches System für die untersuchten Länder vorteilhafter wäre und in wie weit Mehrheits- oder Konkordanzsysteme zur Konsolidierung des demokratischen Regierungssystems beitragen können.

Reynolds bearbeitet eine zunehmend wichtiger werdende Problematik: In Anbetracht der in vielen Staaten Afrikas unübersehbaren Tendenzen von einem relativ demokratischen Regie-